

Medienmitteilung

Dienstag, 22.3.2011

Resolution für eine glaubwürdige Klimapolitik

economisesuisse prüft alle Optionen bei Festhalten an ausschliesslichen Inlandklimazielen

Für economisesuisse ist der Klimaschutz wichtig, weshalb der Verband die Zielsetzungen des Bundesrats mitträgt und unterstützt. Die Schweizer Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren einen eindrücklichen Tatbeweis erbracht und mit der Energieagentur der Wirtschaft, der Stiftung Klimarappen sowie den Vereinbarungen der Zementindustrie pro Jahr mehr als 4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Insgesamt muss die Schweiz (Wirtschaft, Verkehr und Gebäude zusammen) 4,8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr erreichen.

Der Vorstand der economisesuisse nimmt den Entscheid des Ständerats im CO₂-Gesetz, wonach die 20-Prozent-Zielsetzung nur durch Inlandmassnahmen zu erfolgen hat und damit Auslandmassnahmen ausschliesst, mit grossem Bedauern zur Kenntnis: Zum einen wird die erfolgreiche Klimapolitik der Schweiz gefährdet, indem die bewährten Massnahmen der Wirtschaft künftig nicht mehr möglich sein werden. Zum anderen wendet der Ständerat sich einer rein inländischen Zielerreichung zu, was unökologisch ist, weil im Ausland 20- bis 40-mal mehr CO₂ bei gleichen Kosten gesenkt werden kann. Ausserdem ist das reine Inlandziel ineffizient und bürokratisch, da zum Beispiel bei den Gebäudesanierungen mit einer wirtschaftlichen Blasenbildung (künstliche Preissteigerung, subventionierte Arbeitsplätze, neue Behördenstrukturen) zu rechnen ist. economisesuisse geht wie der Bundesrat davon aus, dass die beschlossenen Massnahmen des Ständerats bei Weitem nicht reichen werden, das Ziel einer Emissionsreduktion von 20 Prozent im Inland zu erreichen. Realitätsfremde und international nicht koordinierte Ziele sowie ungenügende Massnahmen führen zu einer unglaubwürdigen Politik, die letztlich die Akzeptanz der Klimapolitik bei der Bevölkerung schwächt.

economisesuisse setzt sich deshalb im verbleibenden Prozess im Parlament konstruktiv für eine Korrektur ein, um zurück auf die Linie des Bundesrats zu kommen. Sollte dies nicht möglich sein, empfiehlt economisesuisse die Ablehnung des Gesetzes. Beim Festhalten des Parlaments an ausschliesslichen Inlandzielen – d.h. ohne flexible Massnahmen und der Möglichkeit von Auslandkompensationen –, wird ein Referendum geprüft.

Die Position von economiesuisse in Kürze:

- Ja zu 20 Prozent Emissionsreduktion bis 2020.
- Ja zur Flexibilität mit Massnahmen im Inland und Ausland zur Erreichung des Gesamtziels.
- Ja zur Weiterführung der bewährten freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, die sich an den Möglichkeiten jedes Unternehmens individuell orientieren (Energie-Agentur der Wirtschaft, Stiftung Klimarappen und Vereinbarungen der Zementindustrie).
- Die Massnahmen der Wirtschaft erbringen mit mehr als 4 Millionen Tonnen Emissionsreduktion 80 Prozent aller Emissionsreduktionen des Landes – diese Leistung darf nicht gestoppt werden!

Rückfragen:

Pascal Gentina, Vorsitzender der Geschäftsleitung

Telefon: 079 202 48 65

E-Mail: pascal.gentina@economiesuisse.ch